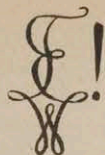


Berlin, 1. Dezember 1897.



No. 72.

11. Jahrgang (21. Semester.)

MONATSBERICHTE

der

Freien Wissenschaftlichen Vereinigung

an der Universität Berlin.

Vereinslokal: Berlin N., Friedrichstr. 131 d, II. Hof, II Treppen.

Der Inhalt der Monatsberichte ist streng vertraulich und nur für Mitglieder der F. W. V. BERLIN bestimmt.

Inhalt: Caspari: Das Duell. Seite 1. — Schmieder: Die Neugestaltung der Monatsberichte. Seite 2. — Monatsbericht. Seite 3. — Universitätsnachrichten. Aus Berlin. Seite 4. — Frankfurter: Von der Alma Mater Rudolfina (Wien). Seite 4. — Nicolai: Pariser Studenten. Seite 5. — Persönliches. Seite 6. — Wissenschaftliches. Seite 7. — Geschäftliches. Seite 9. — Zur Beachtung. Seite 9. — Anzeigen. Seite 10.

Das Duell.

Dr. Wilhelm Caspari, A. H. Berlin.

Ein besonderes Charakteristikum der augenblicklichen politischen Parteigruppierung ist es, dass die gesamte Linke von den gemässigtsten Nationalliberalen bis zu den radikalsten Sozialdemokraten sich zusammengeschlossen hat zum Kampfe gegen das Junkertum. Dieser Kampf ist im Wesentlichen ein wirtschaftlicher. Aber die grosse Masse der Bürger kann sich für die schwierigen Agrar- und Nahrungsfragen nicht recht erwärmen, sie richtet ihr Augenmerk weit mehr auf gewisse äusserliche Privilegien, welche teils dem Adel allein zu Gute kommen, teils zwar auch von weiten Schichten des Bürgertums erworben, dennoch den exklusiven Geist des Junkertums zu atmen scheinen. Zu den letzteren gehört das Privileg der Satisfaktionsfähigkeit, d. h. das Vorrecht, mit einem gleichfalls satisfaktionsfähigen Gegner einen Zweikampf nach ganz bestimmt geordneten Gesetzen, dem Komment, ausfechten zu dürfen. So ist denn die Duellfrage seit einiger Zeit wieder in den Vordergrund gestellt worden, wozu die bekannten Vorfälle in der Berliner Hofgesellschaft eine günstige Handhabe boten.

Es bedarf wohl keiner Erklärung, dass die Anti-duell-Bewegung gerade auch in akademischen Kreisen lebhaften Anklang gefunden hat. Und hier, wie ich gleich bemerken möchte, mit mehr Berechtigung als anderwärts. Denn gerade in studentischen Kreisen ist vielfach das Duellwesen zu einem Duellunwesen ausgeartet. Man muss sich aber hüten, bei Beurteilung einer Institution nur die Auswüchse derselben ins Auge zu fassen.

Auch die F. W. V. hat zur Duellfrage Stellung genommen, indem sie vornehmlich die Ehrengerichtsbewegung nach Möglichkeit förderte. Im Inneren der Vereinigung sind die prinzipiellen Gegner des Duells mehr hervorgetreten und haben besonders auch die Forderung erhoben, die unbedingte Satisfaktion abzuschaffen. Glücklicherweise bisher ohne Erfolg.

Auch in den Monatsberichten hat Vbr. Ewer das Wort ergriffen und ist mit den prinzipiellen Anhängern des Duells streng ins Gericht gegangen. Der betreffende Artikel steht allerdings bereits in der November-Nummer des vorigen Jahres. Dennoch möchte ich auf denselben Bezug nehmen, weil er mir besonders bezeichnend erscheint dafür, wie leicht sich die Gegner die Beurteilung dieser Frage machen. Ewer teilt die Anhänger des Duells in zwei Gruppen. Die eine nennt er nicht. Die andere umfasst die „prinzipiellen“ Anhänger. Letztere sind nach Ewer dadurch charakterisiert, dass sie das Duell als ein Gottesurteil betrachten, in welchem der Beleidiger seine verdiente Strafe findet. Es wird nun Ewer ein Leichtes, nachzuweisen, dass die Thatsachen diesen Anhängern des Duells nicht Recht geben. Nun, ich kenne ziemlich viel prinzipielle Anhänger des Duells, aber ich kann Ewer versichern, dass keiner von ihnen eine so seltsame Anschauung hat, wie Ewer ihnen supponiert.

Warum ich selbst ein prinzipieller Anhänger des Duells bin, das kann ich in wenig Worten präzisieren. Ich halte eben nicht das Duell für „eine Verrohung der Sittlichkeit“, wie einer unserer Parlamentsredner sagte, sondern vielmehr für die Versittlichung einer Roheit. Das ist mehr als ein blosses Wortspiel. Denn es ist klar, dass bei letzterer Ansicht das Duell so lange erhalten werden muss, als wir noch nicht in

der Lage sind die Roheiten und Gewaltthätigkeiten zu beseitigen, welche das Duell zu einem notwendigen Uebel machen. Davon aber sind wir noch weit entfernt.

Ein jeder Stand hat seinen Ehrbegriff. Damit will ich nicht sagen, dass die Grundlagen dieses Begriffes differieren. Vielleicht ist nur in den sogenannten höheren Schichten der Bevölkerung der Ehrbegriff ein verfeinerter. Jedenfalls, welchem Stande man auch angehören möge, man kann immer noch in die Lage kommen, sich durch einen Mitmenschen in seiner Ehre gekränkt zu fühlen. Der Arbeiter, der junge Dienstknecht auf dem Lande, sie greifen zum Knüttel, zum Messer, der Student sucht sich Satisfaktion zu verschaffen. Letzteres Verfahren ist gewiss noch kein ideales, aber es scheint mir doch einen wesentlichen Fortschritt zu enthalten gegenüber der Messerstecherei und der Knüttelherrschaft. Es bietet noch den Vorteil, dass die Zurückweisung des Angriffes keine unmittelbare ist, dass nicht die erste Wut uns die Waffe in die Hand drückt. Wir haben Zeit zum Nachdenken, Zeit zu Vermittlungsversuchen. Und keiner, der die Verhältnisse vorurteilslos betrachtet, wird leugnen können, dass derartige Vermittlungsversuche in einem grossen Prozentsatz der Fälle auch heute schon von Erfolg gekrönt sind. Ich halte es jedenfalls für zweifellos, dass im Duell weniger Menschen heute zu Tage gekommen, als aus ganz analogen Ursachen dem Knüttel oder dem Messer zum Opfer fallen.

Wird heute das Duell abgeschafft, so tritt Schlagring, Messer und Knüttel wieder in seine allgemeine Herrschaft ein. Das beweist der bekannte Vorfall in Bonn, wo 30 nicht Satisfaktion gebende Studenten über drei Burschschafter herfielen und dem einen derselben den Schädel einschlugen.

Dieser Vorfall ist auch in anderer Beziehung sehr lehrreich. Es giebt auch in den „besseren Ständen“, speziell auch unter den Studenten eine grosse Menge roher rauflustiger Gesellen. Ich glaube sicher, dass dieselben durch das Bewusstsein, Satisfaktion geben zu müssen, doch etwas im Zaume gehalten werden. Sonst wäre es ja so bequem! Man wandelt in grösseren Scharen durch die Friedrichstrasse und wenn dann ein einzelner Mensch vorübergeht, dessen Nase vielleicht etwas zu krumm, oder dessen Füsse vielleicht etwas zu platt geraten sind, so fällt man über ihn her, und die Masse sichert den Erfolg, wie bei dem erwähnten Vorfall in Bonn. Dieser empörend rohe Zustand fällt wenigstens fort bei dem Duell. Denn hier tritt der Einzelne dem Einzelnen gegenüber, genau ebenso bewaffnet wie der Gegner und ebenso, wie jener gebunden an die genau festgesetzten Kampfbedingungen.

Auf der anderen Seite ist gewiss nicht zu leugnen, dass der Zweikampf wesentlich eingeschränkt werden kann, dass aus ganz nichtigen Gründen häufig genug Menschen ihr Leben aufs Spiel setzen. In dieser Hinsicht kann gewiss noch viel Gutes geleistet werden. Ob der Weg der studentischen Ehrengerichte hierzu geeignet ist, bleibt abzuwarten. Jedenfalls hat die Vereinigung auch nach meiner Ansicht Recht daran gethan, die Ehrengerichtsbewegung zu unterstützen. Nur wollen wir uns nicht zu viel davon versprechen.

Wirklich beseitigen können wir das Duell nur durch Hebung des allgemein sittlichen Kulturzustandes. Davon sind wir aber noch unendlich weit entfernt. Zum Beweise dessen betrachte man nur die zivilisatorische Thätigkeit der gebildeten Beamten der Kulturstaaten in den Kolonien.

Nicht also das Symptom unseres ethischen Tiefstandes müssen wir zu beseitigen suchen, sondern diesen selbst: „die uns noch tief in Hirn und Herzen steckende Wildheit“.

Die Neugestaltung der Monatsberichte.

Einen nicht geringen Schrecken verursachte mir, wie gewiss auch manchem anderen Alten Herrn der F. W. V. das Pronunciamento der Redaktionskommission und der Siegmanssche Artikel in Nr. 71 der Monatsberichte. Danach sollen also die Berichte in Zukunft nicht mehr Berichte der F. W. V., sondern Berichte einer bestimmten Parteirichtung in derselben sein! Dies giebt meines Erachtens zu den schwersten Bedenken Anlass.

Eingerichtet wurden die Monatsberichte im Sommer 1887 zu dem ausdrücklich ausgesprochenen Zwecke, den Zusammenhang zwischen den örtlich getrennt lebenden Bundesbrüdern zu fördern und enger zu gestalten, besonders aber die ausserhalb Berlins lebenden F. W. V. über die Personalien der Vereinigung zu unterrichten, ihnen auch sonst über die wichtigsten Vorgänge innerhalb der Vereinigung Nachricht zu geben. Sie sollten also wirkliche Berichte, nichts als Berichte sein, und keine Zeitung. Dieser ursprünglichen Zweckbestimmung getreu, haben sich die Monatsberichte, besonders unter der mustergiltigen Redaktion Jutrosinski, allmählich zu dem entwickelt, was sie zuletzt waren: vorzüglich kurze, klare und objektive Uebersichten über alles, was jeden jungen und alten F. W. V. als solchen interessierte.

Das soll also nun auf einmal anders werden. Statt der objektiven Berichterstattung eine Kampfschrift! Ist denn jemand mit der bisherigen Form der Monatsberichte unzufrieden gewesen? Mir ist davon nichts bekannt geworden. Anscheinend handelt es sich hier einmal wieder um eine Institution, die so lange allgemeinsten Beifall gefunden hat, dass sie unbedingt abgeändert werden muss. Auch aus dem Fehdebrief der Redaktionskommission gegen die bisherige Richtung der Monatsberichte vermag ich keinen triftigen, ja überhaupt keinen Grund für die Umwälzung zu ersehen.

Diejenigen, die für die letztere verantwortlich sind, geben aber jedenfalls davon aus, dass das Bessere der Feind des Guten ist, dass also die Aenderung trotz bewährter Güte des Bestehenden angebracht ist.

Nun, ich glaube, sie begehen hierbei einen fundamentalen Irrtum. Ist es denn ganz vergessen, dass von jeher in der F. W. V. die wissenschaftliche und die politische Richtung mit einander heftig gekämpft haben, und dass unter diesen Kämpfen die Vereinigung zwar viel Gutes geleistet, aber auch viel Böses gelitten

hat? Und nun sollen plötzlich die Monatsberichte für eine der beiden Richtungen Partei ergreifen und die andere Richtung bekämpfen! Wahrhaftig, hier ist das denkbar beste Mittel ausgeklügelt, um die Monatsberichte zu ruinieren. Denn es ist doch kein Zweifel, dass niemand gern Geld für ein Blatt wird ausgeben wollen, in dem er seine eigenen Ansichten fortgesetzt bekämpft sieht; und ich glaube, bei gar manchem wird der Aerger über diesen Hauptinhalt des Blattes die Freude über die Notizen im Personalien-Teile weit überwiegen.

Und weiter! Im Wintersemester werden die Anhänger der wissenschaftlichen Richtung vor den Kopf gestossen, im Sommer ist die Redaktionskommission vielleicht anders zusammengesetzt, und stösst nunmehr ihren Prinzipien entsprechend, die politische Richtung vor den Kopf. Nur frisch weiter so gewirtschaftet, und bald haben die Monatsberichte keine Leser und keine Abonnenten mehr — und die F. W. V. ist wieder einen Schritt weiter noch abwärts geraten.

Doch genug des Theoretischen! Wir haben ja schon eine Nummer der neuen Monatszeitung. Und was enthält diese im »redaktionellen Teil«? Zuerst die Erklärung, dass von jetzt an »politisch« redigiert werden solle, dann einen Artikel von Siegmann, der neben vielem Richtigen sehr viel Falsches enthält, der das Hervortreten des wissenschaftlichen Prinzips in der F. W. V. für einen Irrweg erklärt, für einen Widerspruch gegenüber der »F. W. V. Idee« und der fortgesetzt die F. W. V. so niedrig stellt, dass er zwischen ihr und dem moralisch wie politisch und studentisch in gleicher Weise verwerflichen V. D. St. — der überdies meines Wissens seine Rolle längst ausgespielt hat — Parallelen zieht; ferner einen Artikel von Frankfurter, der, an sich hochinteressant, doch mit der F. W. V. absolut nichts zu thun hat, da doch der F. W. V. Jesuiten, Zionisten, protestantische Zeloten, Nonnen od. dergl. in gleicher Weise fernstehen. Damit ist der redaktionelle Teil erschöpft.

Und das soll ein Fortschritt sein? Das soll unter den alten Herren »Alle Mann auf Deck« rufen? Siegmann mag das wohl glauben. Aber wer glaubt, irrt sich auch zuweilen. Wie sehr diejenigen, die vor sich und allen F. W. V.ern, alten und jungen, die Neugestaltung der Monatsberichte zu verantworten haben, sich geirrt haben, das wird sich bald genug zeigen. Zwei Semester lang vielleicht kann so weiter regiert oder redigiert werden — dann werde ich den Monatsberichten die Grabrede halten. *)

Assessor Schmieder A. H.
Berlin-Grunewald.

*) Vorstehender Zuschrift glaubte die R.-K., getreu ihrem Versprechen in dem Einführungsartikel, die Aufnahme nicht versagen zu sollen, besonders mit Rücksicht auf die Person des Verfassers. Die R.-K. bittet aber, in Zukunft alle für die M.-B. bestimmten Einsendungen streng sachlich zu halten. Die im obigen Artikel enthaltenen Irrtümer richtig zu stellen, behält sich die R.-K. vor. Bemerkt wird noch, dass nur für die ohne Unterschrift abgedruckten oder für die mit »R. K.« unterzeichneten Mitteilungen die R.-K. als solche die Verantwortung trägt.

Monatsbericht. *)

Berlin, im November 1897.

Nicht sehr günstig liegen die Ergebnisse des ersten Monats dieses Semesters. Eine gewisse Planlosigkeit, Schwanken bei den Entschliessungen, Mangel an Vorarbeiten für das Semester hat sich herausgestellt. Zunächst muss festgestellt werden, dass ein in der Geschichte der F. W. V. bisher noch nicht vorgekommenes Ereignis das Semester eröffnete. Für die ersten beiden Vortragsabende war ein Vortrag nicht beschafft. Am ersten Abend musste ein vorher nicht angekündigter, extemporiert Vortrag gehalten werden. Und trotz dieser Erfahrung fehlte am Montag darauf der Vortrag ganz. Es ist früher einmal vorgekommen, dass am Ende eines Semesters ein Mangel an Vorträgen sich geltend machte. Aber zu Anfang suchte man, wenn nicht durch Professorenvorträge, so doch auf andere Weise die Mitglieder wissenschaftlich zu interessieren und neue Vbr. Vbr. zu gewinnen. Es ist daher nicht verwunderlich, dass bisher niemand in die Vereinigung neu aufgenommen werden konnte, ja — sich gemeldet hat. Dabei ist die Anzahl und Qualität der Vbr. Vbr. keineswegs geringer als in manchen Semestern, in denen keine Vorträge fehlten. A. H. A. H. hätten sich gewiss zur Aushilfe bereit gefunden, wenn sie rechtzeitig aufgefordert worden wären.

Eine Reihe H. V. hat bereits stattgefunden, da gerade in diesem Semester wichtige Angelegenheiten zur Debatte kamen. Dabei trat die Unsicherheit in den Ideen der Vereinsmehrheit zu Tage. Die Satisfaktionsfrage, die zur E.-G.-Bewegung geführt hatte, wurde in diesem Semester — wenn man das Fazit aller Debatten zieht — dahin beantwortet, dass die F. W. V. an der unbedingten Satisfaktion festhält. Als Kuriosum sei aber bemerkt, dass stundenlang darüber debattiert wurde, ob die F. W. V. die u. S. überhaupt jemals beschlossen hat. Im Beschlussbuche findet sich ein derartiger Beschluss nicht. Die Vereinigung nahm in ihrer Mehrheit an, dass er aus der Fassung der E.-G.-Statuten zu folgern sei. Vielleicht äussert sich einer der älteren A. H. A. H. darüber, ob ihm etwas über einen Beschluss auf u. S. bekannt ist und evtl. warum und wie er zu Stande kam.

Noch krasser trat die Unsicherheit bei der Angelegenheit des Denkmals für die 48er zu Tage. Ein Beschluss, der in einer a. o. H. V. mit allen gegen eine Stimme bei einer Stimmenenthaltung gefasst wurde, wurde eine Woche später mit 13 gegen 8 Stimmen wieder aufgehoben. Man mag zur Sache selbst stehn, wie man will, jedenfalls wird jeder wünschen müssen, dass die Vbr. Vbr., die durch ihre Stimmen über das Schicksal der F. W. V. entscheiden, reiflicher zu überlegen lernen und nicht erst warten müssen bis die A. H. A. H. sie belehren. Wenn sie aber der Ansicht sind, dass eine vorliegende Frage nicht nur durch die Aktiven entschieden werden kann — und die Denkmalsfrage dürfte vielleicht eine derartige gewesen sein — so

*) Unter dieser Ueberschrift werden wir von jetzt an fortlaufende Besprechungen der Vereinsthätigkeit bringen.
Die R. K.

thaten sie wohl gut, von vornherein wenigstens die Berliner A. H. A. H. damit bekannt zu machen, bevor sie so weitgreifende und prinzipiell wichtige Angelegenheiten zur Entscheidung bringen.

Erfreulich scheint, dass diejenigen Vbr. Vbr., die ihre Meinungen änderten, sich nicht in falscher Scham scheuten, auch offen durch ihre Abstimmung zu bekennen, dass sie sich geirrt hatten.

Nach aussen wird die Vereinigung bei Erscheinen der M. B. im Mommsenkommers und, hoffentlich in einer Kundgebung der akad. Gruppe des Deutschen Schulvereins, der die F. W. V. jetzt allein als Korporation angehört, aufgetreten sein. Vorbereitungen sind getroffen.

Am 13. d. M. hätten die Vbr. Vbr. Gelegenheit finden können, im Kongress für Volksunterhaltung reiche Belehrung und interessante Aufschlüsse über wichtige soziale Fragen zu gewinnen. — Am selben Abend fand ein Hasenbratenessen mit obligater Bowle auf der Kneipe statt, das sich eines ausserordentlich regen Besuches erfreute.

Universitätsnachrichten.

Aus Berlin.

Nach einer Mitteilung der Allgem. Deutsch. Univers.-Zeitung v. 15. Nov. 1897 ist im Kyffhäuser-Verband eine Krisis ausgebrochen, insofern als ein allgemeines Halali gegen die National-Sozialen proklamiert worden ist. Hierbei wird mitgeteilt, dass der Regierungsassessor v. Gerlach, A.H. und früherer eifriger Vorkämpfer des V. D. St., aus der Liste der A.H. des V. D. St. gestrichen worden ist, und zwar hauptsächlich wegen seiner »Schlachtgenossenschaft« mit der F. W. V. und dem S. W. St. V.

Herr v. Gerlach war bekanntlich neben unserem Schmieder Hauptredner in der von den vorerwähnten beiden Vereinen veranstalteten Protestversammlung gegen den Rektor Brunner.

Von der Alma Mater Rudolfina (Wien).

Von

cand. jur. E. Frankfurter,

Vicepräses der »Freiwissenschaftlichen Vereinigung« a. d. Universität Wien.

Die Kunde von den jüngsten Vorgängen an den Wiener Universität, die ja jedenfalls auch zu den Ohren unserer Kommilitonen im Deutschen Reiche gedrungen ist, dürfte bei einem grossen Teile derselben deshalb nicht das richtige Verständnis gefunden haben, weil ganz einfach die Zustände an einer österreichischen Universität dem deutschen Studenten völlig unbekannt sind. Es wird deshalb nicht ohne Interesse sein, einiges hierüber zu erfahren, und ich will im nachstehenden, wenn auch nur ganz skizzenhaft, versuchen, die Verhältnisse an der Alma mater Rudolfina darzulegen.

Es ist ganz selbstverständlich, dass in Wien, als der Metropole eines Nationalitätenstaates, ein Zusammen-

strömen aller Völkerstämme des Reiches stattfindet, und dass namentlich die Universität der Hauptstadt ein getreues Abbild der Gemischtsprachigkeit des Reiches bietet. Man braucht nur einmal die Aula der Wiener Universität zu besuchen und sofort wird man die Bestätigung des Gesagten in den uns entgegentönenden deutschen, czechischen, polnischen, italienischen Gesprächen der einzelnen Studentengruppen finden. Und dieser Umstand erklärt sofort die Erscheinung, dass die Wiener Studentenschaft vorwiegend nach Nationalitäten sich sondert. Daraus ergeben sich folgende fünf Gruppen: Die Deutschnationalen, die Slavischnationalen, die Jüdischnationalen (eine »Errungenschaft« der letzten Jahre), die gemässigten Deutschen und endlich die Internationalen, das sind die Sozialisten. Nur diese letzten wollen sich in die nationalen Streitigkeiten nicht einmengen und ziehen sich von dem studentischen Leben und Treiben völlig zurück. Sie schliessen sich in einzelnen wissenschaftlichen Vereinen zusammen und man darf sie wohl, ohne der Subjektivität geziehen zu werden, als die Elite der Wiener Studentenschaft bezeichnen. Alle übrigen »machen« in Nationalismus. Vor allem die Deutschnationalen, die sich noch bis von kurzer Zeit mit ihrer ganzen nationalen Begeisterung gegen die Nichtarier, id est die Juden, wandten, und die mit aller Macht den Wotanskult wieder zu Ehren bringen wollten. Die höchste Steigerung erfuhr dieser Nationalismus in der Erklärung, dass die Juden nicht satisfaktionsfähig seien, die ja auch im Deutschen Reiche Widerhall erweckt hat. Nun scheint es aber der Fluch des Nationalismus zu sein, dass er forzeugend wieder Nationalismus muss gebären. So ist der Deutschnationalismus — horribile dictu — der Vater der jüdischen Nationalbewusstseins geworden und ihm verdanken wir das Emporblühen des Zionismus. Die Juden, gereizt durch die fortwährende Provokation seitens der Arier, fühlten sich veranlasst, sich zur Abwehr des Feindes aneinander zu schliessen, es entstanden schlagende jüdische Verbindungen, die den Schläger gar wohl zu führen verstanden, und in diesen jüdischen Verbindungen, die aus Galizien reiches Material beziehen und fortwährend an Zahl wachsen, ist der Zionismus gross gezogen worden. Bis zuwelchem Siedegrade nationalen Fanatismus gerade die Jüdischnationalen gelangt sind, davon kann sich der, der es nicht mit ansieht und mit anhört, keine Vorstellung machen. Während dieser Zeit der Kämpfe des »Heil Wotan« gegen »Heil Zion« trat der alte Hader der Deutschen gegen die Slaven ganz in den Hintergrund, sodass die Slavischnationalen sowohl, wie auch die gemässigten Deutschen, von denen ich oben gesprochen habe, auf die Bewegungen unter der Studentenschaft keinen Einfluss nahmen. Dies alles änderte sich wie mit einem Schlage durch die Erlassung der bekannten Badenischen Sprachenverordnung für Böhmen. An die Stelle des oben geschilderten Kampfes zwischen Ariern und Semiten trat der Kampf zwischen Germanen und Slaven, der noch gegenwärtig heftig tobt. Anfangs war unter der Studentenschaft von einer Bewegung für oder gegen wenig zu bemerken, erst in allerjüngster Zeit trat die deutsche Studentenschaft durch einen Aufzug auf der Parlamentsrampe, von dem ja die Tagesblätter berichtet

haben dürften, aktiv in den Kampf ein. Es wurde eine slavische Gegendemonstration geplant, die aber unterblieben ist. Endlich hielten auch die Jüdischnationalen es für unumgänglich notwendig, ihrerseits Stellung zu dieser Frage zu nehmen. Sie thaten dies dergestalt, dass sie die Deutschgemässigten, in einigen Verbindungen vereinigten Studenten, die grösstenteils ihrer Konfession nach Juden sind aber, zum Bedauern der Zionisten, sich nicht als Angehörige einer jüdischen Nation betrachten, verhöhn und wegen ihres Zusammengehens mit den antisemitischen Deutschnationalen verspotteten, was, nebenbei bemerkt, zu einer tüchtigen Schlägerei führte. Es ist also zur Charakteristik der gegenwärtigen Lage hervorzuheben, dass eine kleine Verschiebung insofern stattgefunden hat, als alles, was deutsch fühlt, einig und einträchtig gegen den gemeinsamen slavischen Feind sich wendet, und dass namentlich die antisemitische Strömung unter der Studentenschaft, wahrscheinlich nur einstweilen und vorübergehend, ganz in den Hintergrund getreten ist. Was schliesslich die Stellung der sozialistischen Studenten zu der ganzen Frage betrifft, so liegt es in der Natur der Sache, dass sie sich weder für die eine, noch für die andere Partei begeistern können und sich daher ganz indifferent benehmen.

Dass unter den geschilderten Verhältnissen von einer eifrigen Pflege freiwissenschaftlicher Ideen, wie ich sie an der Berliner Universität zu beobachten Gelegenheit hatte, keine Rede sein kann, ist einleuchtend. Mit Ausnahme einer relativ sehr geringen Zahl sozialistischer Studenten, die in einigen kleinen Vereinen die freie Wissenschaft pflegen — einer dieser Vereine, dem auch ich angehöre, trägt den Namen Ihrer Vereinigung, ist aber an Grösse und Bedeutung gar nicht in Vergleich zu ziehen — mit Ausnahme dieser wenigen sozialistischen Vereine wäre nur die im Aufblühen begriffene Deutsch-Akademische Lesehalle zu erwähnen, deren wissenschaftliche Vortragsabende aber auch sehr schwach besucht sein sollen. Die übrigen Studenten haben wichtigere Dinge zu thun, als sich der Pflege der freien Wissenschaften zu widmen!*)

Pariser Studenten.

Nachdem ich einer wohlwollenden und neu gewählten R.-K. auf ihr Ersuchen, für die von jetzt ab erweiterten Monats-Berichte einen Beitrag in Form einer Schilderung der Pariser Studentenzustände zu schreiben, in der vertrauensseligen Endstimmung einer Fidulitas bejahend geantwortet hatte, kam am nächsten Morgen der Katzenjammer hinterdrein, und ich übersah nunmehr erst die Schwierigkeiten der mir gestellten Aufgabe. Was sollte ich denn eigentlich beschreiben? So was, was wir uns gemeinhin unter Studenten hier in Deutschland vorstellen, das gibt's in Paris ja gar nicht. Vor meinem rückschauenden Auge, tauchen weder farbige Mützen noch bunte Bänder, weder narbige Gesichter noch glatte S.-C. Scheitel auf. Ich erinnere mich weder an Früh-, noch an Abend-Schoppen, überhaupt

an keine »Kneipe«. Die von uns allen so hoch gehaltene »studentische Ehre«, unser Stolz: die »studentische Honorigkeit«, unser Streben: die »studentische Freiheit«, und die so ergeben und freudig getragene Fessel des »studentischen Comment« — all das sind an dem Seine-Strande nichts als leere Begriffe, von denen man nicht einmal den Namen kennt.

Nein und abermals nein, zur Schande unserer Commilitonen jenseits der Vogesen muss ich es gestehen, es giebt dort keine eigene, studentische Kasten, keine Kastenanschauungen. Der Begriff des »citoyen« steckt ihnen allen zu tief im Blute, und ebensowenig, wie der Franzose, der in das Heer eintritt, aufhört, Bürger zu sein, ebensowenig thut es der Beamte — und ebensowenig der Student. Man kann damit zufrieden oder unzufrieden sein — für mich genügt es, die Thatsache zu konstatieren.

Natürlich giebt es eine ganze Menge Studenten, die durch ihre Trachten, durch ihre Kravatten, durch ihre fliegenden Haare, und durch ihre grossen Pfeifen, ihre mehr oder minder grosse geistige Originalität, vor der übrigen Mitwelt zu bekunden suchen, aber das ist nichts spezifisch Studentisches, das haben sie mit all den jungen Schriftstellern und Künstlern, die sich auf der »butte« herumtreiben, gemeinsam.

Aber abgesehen von diesen vorhandenen, resp. nicht vorhandenen Aeusserlichkeiten ist man in Paris nicht besser und nicht schlechter, und vor allem ebenso leichtlebig, wie nur an irgend einer deutschen Universität, und wenn man die durchschnittlichen anderthalb Myriaden immatrikulierter Studenten mit der Fülle der Hörsäle vergleicht, so kommt ungefähr dasselbe Verhältnis heraus, wie in Berlin auch. Das ergibt natürlich dasselbe grosse, grosse Quantum von überflüssiger Zeit, das der deutsche Student in Bier zu begraben pflegt. Warum ist das in Paris anders? — Es will mir scheinen, als ob hierbei wie in so vielen Fällen, das ewig Weibliche mit im Spiele ist. Was soll man schliesslich in Berlin mit all den Abenden anfangen, selbst wenn man den Tag über fleissig gearbeitet? Jeden Tag ins Theater gehen mag man nicht, gar zu viel Familienverkehr hat der nach Berlin gekommene Provinziale meist nicht, die Bude ist so öde und ungemütlich: Da läuft man in die Kneipe, das ist ganz natürlich. In Paris aber ist das ganz etwas anderes. Da haben die meisten Studenten ein Wesen um sich, das ihnen ihr einsames Dasein ein wenig verschönt, und mit dem sie gern früh heimgehen, nachdem sie in irgend einem Kaffee-Konzert ihren »Bok« getrunken, oder in einem der vielen Ballokkale eine Quadrille getanzt oder endlich in den Wäldern der Umgebung von Paris — in diesen wunderherrlichen Naturgärten ein wenig frische Luft geschöpft haben. Es ist so gemütlich daheim; bei der Lampe freundlichem Schein trinkt man ungeheuer Quantitäten von Thee, die sie uns den ganzen Abend warm hält, und raucht einige Zigaretten, die sie uns gerollt, und im übrigen sitzt sie auf der einen Seite und stopft unsere Strümpfe und wir auf der anderen und lesen oder arbeiten und erheitern uns das trockene Studium durch ein hin und wieder gewechseltes freundliches Wort.

Ja sie müssen mit hinein in eine Schilderung des

*) Wir nehmen an, dass diese Schilderung von Interesse sein dürfte, auch wenn sie von einem Nicht-F.W. Ver her stammt.
Die R. K.

französischen Studenten, diese vielbesungenen «ouvrières Parisiennes», denn in seinem Leben nehmen sie einen breiten Raum ein, diese Brünetten und Blondinen, die wie eine Flutwelle morgens und abends von und zur Arbeit trollen; und der Strom, der aus dem Zentrum kommt und sich in den südlichen Arbeitervierteln verliert, flutet noch fast ungeteilt den Boulevard St. Michel entlang, so recht den Studenten an der Nase vorbei. Was Wunder, wenn da ein jeder früher oder später seine «petite femme» findet und sich mit ihr irgendwo einnistet: Zwar gehts meist herzlich philister- und bourgeoishaft in diesen «freien Liebes-Winkeln» zu, und von der Genialität einer Murger- oder Musset'schen «vie bohème» ist da meist wenig zu spüren, aber in jedem Falle ist's dem Markt auf der Friedrichstrasse vorzuziehen.

Dass das Studentenlieb' von der eigentlichen Studentin nicht immer ganz scharf zu sondern, darf in Paris besonders nicht auffallen, wo der Kollegienbesuch ja den breitesten Schichten der Bevölkerung frei steht — und zwar frei im wörtlichsten Sinne, sintemalen er nichts kostet. Aber ich persönlich habe nicht bemerkt, dass diese undefinierbaren Zwischenstufen irgendwie störend seien: Sie sind ein gutes Kreuzungsprodukt, sie vereinigen die Vorzüge beider.

Doch unser hochverehrtes Ehrenmitglied, der Universität damaliger Rector und mein jetziger spezieller Lehrer (d. i. Virchow. — D.R.) hat in seiner Antrittsrede gesagt: »Student käme von Studieren« und ich, der aus dem dreifachen, obenangegebenen Grunde dreifach auf ihn zuhören verpflichtet wäre, habe es nicht gethan und bisher nur von den Nebenbeschäftigungen der Pariser akademischen Jugend gesprochen. Aber selbst, wenn ich's jetzt nachholen wollte, viel ist da nicht zu erzählen, studiert wird ebenso wie bei uns; ein bisschen lustiger, ein bisschen possenhafter vielleicht, ganz sicher ein Stück theatralischer, aber sonst tout comme chez nous: ebensowenig Fleiss und ernstes Streben wie bei der Mehrzahl von uns und bei anderen, weniger ebenso ehrliches Arbeiten. Wenigstens habe ich diesen Eindruck gewonnen, wenn ich etwa die aktiven F. W. V. er mit den 2 Dutzend Studenten vergleiche, die ich in Paris ein wenig genauer kennen gelernt. Natürlich sind das zu wenig Erfahrungen, um daraus bindende Schlüsse zu ziehen, aber gross wird der Unterschied nicht sein. Ein Unterschied existiert allerdings noch — ich spreche jedoch hier nur von der medizinischen Fakultät, die allein ich in dieser Beziehung kenne — und das ist die weitaus grössere Freiheit und Selbständigkeit, mit der man in Paris studiert. Kurse, worin einem irgend etwas beigebracht wird — wie im Augenspiegel-Auskultations- oder Touchierkurs — giebt es in kaum nennenswerter Anzahl: alles wird nebenbei gelernt — wenn es gerade in dem einzelnen Falle vorkommt. Dadurch wird das Studium dem Anfänger sicher erschwert, aber es bietet den ungeheuren Vorteil, dass der Student von vornherein daran gewöhnt wird, immer das gesamte klinische Bild im Auge zu behalten. Näher hierauf einzugehen, muss ich mir mit Rücksicht auf den mir zur Verfügung gestellten Raum und den Zweck dieser Zeilen leider versagen.

Zum Schluss möchte ich aber alle diejenigen, denen

die vorstehende Beschreibung zu lückenhaft erscheint, bitten, die Lücken durch eigenen Augenschein zu ergänzen und auf ein halbes Jahr nach dem goldenen Paris zu gehen; amüsieren werden sie sich dort und lernen werden sie auch etwas; allerdings nicht gar so besonders viel auf der Universität, von Studenten und Professoren, aber überall sonst von dem wunderbaren Volke der Franzosen.

Nicolai.

Persönliches.

A. H. Max Dresdner hat das Assessorexamen bestanden. Vbr. Rawitz bestand die technische Vorprüfung.

Unser ehemaliger Vbr. Dr. med. Rosenbaum, der neuerdings zum A. H. ernannt worden ist, absolvierte in Königsberg das erste juristische Staatsexamen und ist als Referendar dem Amtsgericht in Deutsch-Eylau überwiesen worden.

A. H. Jaffé ist von Kolmar i. P. wieder nach Berlin verzogen.

A. H. Dr. Schaps, bisher Amtsrichter in Hamburg, ist zum Landrichter dortselbst ernannt worden.

A. H. Dr. Max Meyer hat sich mit Fr. Merry Alexander verlobt. (s. Anzeige).

Vbr. Dannenbaum ist zum A. H. ernannt worden, nachdem er das Examen als Regierungsbauführer bestanden hat.

Aus der Vereinigung sind auf ihren Wunsch geschieden:

Ernst Wolf.

Peter Danielsohn.

Wissenschaftliches.

1. Ordentl. Sitzung am 1. XI. 97.

A. H. Frankfurter über den »Kampf um die Ostmark«.

Redner begann mit einer Vorgeschichte der Badenischen Sprachenverordnungen und erklärte sie einmal aus nationalen, zum anderen aus politischen Gründen. Böhmen sei seit vielen Jahren der Schauplatz nationaler Kämpfe, weil die Czechen die deutsche Sprache als überlegen nicht anerkennen wollen und für die böhmische volle Gleichberechtigung fordern. Längst schon hätten die österreichischen Regierungen nach einem sprachlichen Ausgleich gesucht; jetzt, da die letzten Reichsratswahlen die grosse liberale Partei zersplittert hätten, glaubte Badeni die Zeit gekommen, den Streit durch eine obrigkeitliche Verordnung zu schlichten. Andererseits brauchte Badeni eine Mehrheit und konnte diese nur mit Hilfe der Jungczechen bilden. Aus diesem Grunde habe er ihre Sprachenforderungen erfüllen müssen, wobei er sich einmal auf die sprichwörtliche Uneinigkeit der Deutschen, andererseits auf die czechische

Gendarmerie in Böhmen stützen zu können glaubte. Beide Hoffnungen hätten aber versagt.

Mit Ausnahme der Klerikalen, die »Religion vor Nation« stellten, fanden alle Deutschen sich zusammen. Sie traten in die entschiedenste Opposition, die sich infolge mehrerer brutaler Vorgewaltungen durch die Reichsratsmehrheit bald in Obstruktion verwandelte. Hätte Badeni seine Sprachenverordnungen erst nach Erledigung des ungarischen Ausgleichs veröffentlicht, er wäre vielleicht Sieger über die deutsche Opposition geblieben. Jetzt befinde er sich aber in einer Zwangslage: da, wenn der Ausgleichsvertrag ohne Erneuerung ablaufe, das zwischen Oesterreich und Ungarn bestehende staatsrechtliche Band zerrissen sei. Um dies zu verhindern, habe man zunächst ein einjähriges Ausgleichsprovisorium schaffen wollen, und dieses müsse bis zum 1. Januar Gesetz sein. Hier habe die deutsche Obstruktion eingesetzt. Freilich laufe sie dabei Gefahr, sich unpopulär zu machen, weil das Scheitern des Ausgleichs die Bevölkerung wirtschaftlich schädige. Aber man habe erkannt, dass man hierin die schärfste Waffe in der Hand habe, und so würden wohl um das Ausgleichsprovisorium die entscheidenden Schlachten zwischen Badeni und den Deutschen geschlagen werden. Die erste Schlacht habe bereits stattgefunden, und die Deutschen hätten nach 33stündigem Kampfe das Schlachtfeld behauptet.

Redner zweifelte, ob er der 12stündigen und doch inhaltsreichen Rede des Dr. Lecher oder der fast 33stündigen Amtsführung Abrahamowicz's mehr Bewunderung zollen solle. Aber auch die endlich durchgeführte erste Lesung habe nichts an der Lage geändert. Einen Ausblick auf die Zukunft glaubte Redner sich versagen zu sollen und schloss mit den Worten: Wir hier in Deutschland können in den Kampf eingreifen, aber nur indirekt, durch thatkräftige Unterstützung des Allgemeinen Deutschen Schulvereins. Und hierzu forderte Redner auf.

Auf diesen ex tempore gehaltenen Vortrag folgte eine lebhaft diskutierte Diskussion. Man warf dem Redner u. a. vor, dass er die Frage zu einseitig vom deutschen Standpunkt betrachtet habe. Es wurde sodann die Frage aufgeworfen, ob denn der deutsche Standpunkt überhaupt berechtigt sei und die Meinung geäußert, dass, was den Ungarn geglückt sei, auch den Czechen glücken könne. Schliesslich seien doch deren Forderungen nicht gar so unbillig. Denn die Beamten eines Landes müssten doch billiger Weise die Sprache der Bewohner desselben verstehen. Andere stellten sich auf den Standpunkt des Redners. Es wurde sodann auch die Frage erörtert, ob es wünschenswert sei, dass die Deutschösterreicher wieder mit Deutschland vereinigt würden, und darauf hingewiesen, dass wer dies bejahe, folgerichtig auch für die Wiederaufrichtung des Polenreichs und die Rückgabe der französischen Teile von Elsass-Lothringen eintreten müsse.

Oppenheimer.

2. Ordentl. Sitzung am 8. XI. 97.

3. ordentl. Sitzung am 15. XI. 97.

A. H. Hirsch über:

»Der Student und die soziale Frage.«

Die soziale Frage habe zu allen Zeiten und in allen Ländern bestanden, sei aber niemals eine so brennende gewesen wie heute. Die Zeit, wo die Studenten sich lediglich ihrem Brotstudium hingeben konnten und sich um das, was um sie herum sich vollzog, nicht zu kümmern brauchten, sei dahin; denn nicht nur die Arbeiterschaft und der immer mehr ins Proletariat herabsinkende Handwerkerstand hätten unter den misslichen sozialen Verhältnissen zu leiden, sondern auch die Schichten der Studierenden und Studierten fühlten an ihrem eigenen Leibe die durch die heutige Wirtschaftsordnung hervorgerufenen Schäden. Die Wissenschaft sei ein Monopol der besitzenden Klassen; unbemittelten Kreisen, wenn sie auch noch so begabt sind, seien die Bildungsstätten verschlossen, oder sie seien auf das unwürdige Stipendium angewiesen. Redner geht sodann auf die scheinbare Ueberfüllung der gelehrten Berufe ein. Von einer Ueberfüllung könne seiner Meinung nach keine Rede sein. Würde jedem die Möglichkeit gegeben, sich eine umfassende Bildung anzueignen, so würde man beispielsweise bald Mangel an Lehrkräften haben, während heute zahlreiche Lehrer Jahre lang auf eine Anstellung warten müssten. Die kapitalistische Wirtschaftsordnung habe zur Folge, dass heute bereits zahlreiche studierte Beamte in der Industrie, Techniker, Chemiker, Ingenieure, sich in nichts mehr von dem industriellen Proletariat unterscheiden. Fest angestellte Staatsbeamte seien zwar wirtschaftlich gesichert, dafür seien sie aber abhängig von dem jeweilig herrschenden Regierungssystem, mit dem sie sich nicht in Widerspruch setzen dürfen, wenn sie nicht einer Massregelung gewärtig sein wollten. Redner erinnert an die Verfolgung der national-sozialen Pastoren, an die Hetze gegen die Kathedersozialisten, an das Vorgehen gegen die Professoren, die den Aufruf gegen die streikenden Hamburger Hafenarbeiter unterzeichnet hatten und an ähnliche Ereignisse aus der jüngsten Zeit. Wegen dieser so grossen Wichtigkeit der sozialen Frage müsse jeder, der Anspruch auf Bildung machen wolle, an das Studium derselben herantreten. Für dieses Studium sei die Zeit, die der Student auf der Universität verbringe, die geeignetste. Jeder Studierende müsse bestrebt sein, möglichst tief in das Wesen der sozialen Frage einzudringen, er müsse diesbezügliche Schriften studieren und Vorträge der verschiedenen Richtungen darüber hören, wozu sich ja in der Universitätsstadt so reichlich Gelegenheit biete, er solle aber auch Arbeiterversammlungen und Arbeiterbildungsschulen besuchen, um sich zu überzeugen, mit welchem Interesse und welchem Eifer die Arbeiterschaft selbst Belehrung in den sie angehenden Fragen suche und finde, er solle auch nicht vor dem gelegentlichen Besuche von Arbeiterlokalen und Arbeiterwohnungen zurückschrecken, um sich aus eigener Anschauung ein Urteil über die sozialen Verhältnisse dieser Klassen zu verschaffen.

Auch den politischen Tagesereignissen müsste die Studentenschaft mehr Beachtung schenken wie bisher.

Zahlreiche Gesetzesvorlagen der letzten Jahre, z. B. der Assessorenparagraph, das Vereinsgesetz, die Umsturzvorlage und andere dürften der Studentenschaft nicht gleichgültig sein, da deren Folgen sich teilweise den Studierenden noch während ihrer Studienzeit, sicher aber nach Vollendung ihrer Studien fühlbar machen. Ein aktives Hervortreten der Studenten in politischen Fragen sei gefährlich, wohl aber sei es möglich, bei bestimmten Anlässen öffentliche Studentenversammlungen unter der Leitung von alten Herren einzuberufen, um gegen gewisse Vorgänge zu protestieren. Eine solche Vorbereitung zu den wirtschaftlichen und politischen Kämpfen würde von segensreicher Wirkung sein.

In der Diskussion wurde allseits zugegeben, dass es Pflicht eines jeden Studenten sei, dem Studium der sozialen Frage eifrig nachzugehen. Eine rege Debatte entstand über den Punkt betreffend die Stellungnahme der Studenten zu politischen Tagesereignissen. Zur Unterstützung der Ansicht des Redners wurde noch angeführt, dass die Studentenschaft fast aller anderen Staaten Europas lebhaften Anteil nehme an den jeweiligen politischen Fragen. Von anderer Seite wurde die Meinung vertreten, dass der Student als ein Lernender noch nicht reif genug sei, um irgend wie im politischen Leben eine Rolle spielen zu können. Die politischen Kundgebungen der Studenten in andern Staaten seien einerseits ohne Erfolg gewesen und hätten andererseits Vorkommnisse im Gefolge gehabt, die der Studentenschaft keineswegs würdig seien. (Man vergleiche dagegen das mannhafte und erfolgreiche Auftreten der Grazer und Wiener Studentenschaft in neuester Zeit. D. R.)

Rawitz.

4. ordentl. Sitzung am 22. XI. 97.

A. H. Max Levy über »Reformen im Strafwesen.«

Der Redner führt aus, dass seit den Zeiten der Carolina in der Entwicklung des Strafwesens eine Wellenbewegung stattgefunden hat, die bald eine humanere, bald eine strengere Behandlung der Verbrecher hervorrief. Während die Carolina noch verhältnismässig geringe Verbrechen mit grausamen Strafen bedroht, in der Folgezeit sich eher noch eine Verschärfung des Strafsystems geltend macht, bricht in der Aufklärungsperiode die Idee sich Bahn, dass der Richter die That nicht als Einzelercheinung (absolut), sondern als Produkt der Zeit, der sozialen Lage, der Umgebung, Erziehung u. s. w. des Angeklagten beurteilen müsse. Ein Beispiel dafür bietet Schiller's »Kindesmörderin«.

Diese Lehre schreitet in der Neuzeit vor und beginnt, unter Ausscheidung und Abstossung falscher Extreme, sich zu klären.

Eine solche extreme Schule, die des Italiensers Lombroso, stellt die Verantwortlichkeit des Verbrechers in Abrede, sie bezeichnet ihn geradezu als zum Verbrechen geboren und vorher bestimmt, daher nicht reif für das Zuchthaus, sondern für das Kranken- (Irren-) Haus.

In Deutschland hat diese revolutionäre Lehr-

meinung wenig Anhänger gefunden. Desto mehr Boden gewinnt in der Theorie eine vermittelnde Anschauung, die eine vernünftige Reform in ruhiger, gemässiger Weise anstrebt. Das Haupt der Bewegung ist Prof. Liszt in Halle a. S. Man erachtet die Frage, ob in thesi Willensfreiheit oder Willensunfreiheit besteht, für unerheblich, als wichtig nur die Frage nach dem konkreten Vorhandensein des Bewusstseins, nach der konkreten Bestimmbarkeit des Verbrechers durch sittliche Motive; und man will den Motiven selbst einen grösseren Einfluss auf das Mass der anzudrohenden Strafe verschaffen, wie andererseits dem sozialen Milieu auf das Mass der zu verhängenden Strafe. Die Praxis verhält sich zumeist abwehrend; teils reagiert sie hierbei auf die masslosen Forderungen der Lombroso-Schule, teils stützt sie sich auf die in der Neuzeit hervorgetretene Häufung der Verbrechen.

Redner bekämpft die Verwertung der letzteren — übrigens als unleugbar zuzugebenden — Thatsache für eine Verschärfung des reichsgesetzlichen Strafsystems und beleuchtet im einzelnen die Missstände des Systems und die erstrebten Reformen, indem er, soweit der Zusammenhang es ihm zu gebieten scheint, auch auf die im Strafvollzuge aufgetauchten Mängel hinweist.

Das Hauptübel erblickt er in der Beibehaltung der langwierigen Freiheitsstrafe als der Normalstrafe, die ihren Zweck, Abschreckung und Besserung, verfehle und bei jugendlichen Delinquenten geradezu entsittlichend (verbrecherzüchtend) wirke. Die einzelnen Abänderungsvorschläge (kurzzeitige, durch Fasten, Einzelhaft verschärfte Freiheitsstrafe, Prügelstrafe) werden von Redner durchgegangen und im allgemeinen verworfen. Man befinde sich, so führt er aus, in der traurigen Lage, die Zweckdienlichkeit der längeren Freiheitsstrafe verneinen zu müssen, ohne doch zu wissen, was man durchschlagend Besseres an ihre Stelle setzen könne. Auch die Mängel des herrschenden Geldstrafesystems erörtert der Redner; er erblickt den Hauptfehler in der nicht genügenden Berücksichtigung der Vermögensverhältnisse und der im Unvermögensfalle unterschiedslos eintretenden Freiheitsstrafe. Dadurch werde die Geldstrafe den Reichen nicht oder nur wenig fühlbar, den Armen gegenüber aber hart und ungerecht. Der Redner schlägt daher vor, die Geldstrafe die Aermeren durch freie Arbeit ableisten zu lassen und sie den Reichen gegenüber durch Erhöhung des angedrohten Maximums und dadurch zu verschärfen, dass man den verhängten Betrag ratenweise durch Vollzugsbeamte aus der Wohnung derselben abholen lasse.

Die Todesstrafe verwirft der Redner als nicht notwendig und nicht zweckmässig.

An den Vortrag schloss sich eine lebhafte Diskussion an. Es wurde bemängelt, dass der Vortragende die neuerdings zugelassene Strafaussetzung vollständig ausser Acht gelassen habe. Als Ersatz für die langzeitige Freiheitsstrafe wurde die Deportation, als Ersatz für die statt der Geldstrafe eintretende Haftstrafe die Entziehung des Wahlrechts vorgeschlagen, und die Todesstrafe teils bekämpft, teils verteidigt.

Tarnowski.

Geschäftliches.

1. Ausserordentl. Hauptversammlung v. 27. X. 97.

- a. Kugelman an Stelle Wurzels ins E. G. gewählt.
- b. Wahl des XXX: Arthur Levy an Stelle Kellers.
- c. Antrag Ewer, nach welchem die F. W. V. die Stellungnahme zur Satisfaktionspflicht jedem Mitglied überlassen sollte, wird abgelehnt.
Antrag Freudenberg: »In Anbetracht dessen, dass der § 6 der E.-G.-Statuten in Verbindung mit § 21 die unbedingte Satisfaktion ausspricht, geht die F. W. V. über den Antrag Siegmann zur Tages-Ordnung über.« angenommen.
Der im Antrag Freudenberg erwähnte Antrag Siegmann lautete: »F. W. V. wolle beschliessen: dem Vorstand wird aufgegeben, aus den Beschlussbüchern und sonst festzustellen, ob ein Beschluss über die Satisfaktions-Pflicht der Mitglieder jemals gefasst ist.

1. Ordentl. Sitzung v. 1. XI. 97.

- a. Antrag des Vorstandes auf Veranstaltung eines Mommsen-Kommerses — angenommen.

2. Ordentl. Sitzung v. 8. XI. 97.

- a. Der Vorstand legt seine Aemter nieder.
- b. Wahl einer Kommission zur Vorbereitung des Mommsen-Kommerses: A.H. Max Levy, Arthur Levy, Oelsner, Kröning.

2. Ausserordentl. Hauptversammlung v. 11. XI. 97.

- a. Austrittsgesuche von Ernst Wolf und Peter Danielsohn genehmigt.
- b. Neuwahl des Vorstands: Nicolai (X), Ewer (XX), Arthur Levy (XXX), Kröning (XXXX), Selbiger (XXXXXX).
- c. A.H. Siegmann wird in die R.-K. wiedergewählt.
- d. Wahl einer Weihnachts-Kommission: A.H. Frankfurter, A.H. Behr, Hermann, Tarnowski.
- e. Antrag Siegmann: F. W. V. wolle beschliessen:
 1. die Verfügungskasse zu ersuchen, einen Betrag von 50 M. als Beitrag zu dem Sammelnd für das Denkmal der Märzgefallenen im Namen der Vereinigung zu zahlen.
 2. durch Aufruf in der Studentenschaft zu Beiträgen zum Sammelnd aufzufordern — angenommen.

3. Ordentl. Sitzung v. 15. XI. 97.

Dannenbaum zum alten Herrn ernannt.

3. Ausserordentl. Hauptversammlung v. 18. XI. 97.

- a. Entlastung der Lokal-Kommission. —
- b. Wolfsohn zum Fuchsmajor und Fechtwart gewählt.
- c. Nicolai legt sein Amt als Vorsitzender nieder.
- d. Antrag Behr-Hirsch: die Vereinigung richtet an die R.-K. das Ersuchen, in der nächsten Nummer der M.-B. eine Erklärung zu erlassen, dahingehend, dass diejenigen Vereinsbrüder, die für die Wahl der jetzigen R.-K. eintreten, sich nicht von den Gründen haben leiten lassen, welche die R.-K. in Nr. 71 der M.-B. als ausschlaggebend angeführt hat — nach Besprechung des Antrages zurückgezogen.
- e. Antrag Freudenberg:
 1. den am 11. XI. 97 auf Antrag Siegmans gefassten Beschluss aufzuheben.
 2. den Vorstand zu beauftragen, dass er Ende Februar 1898 für einen historischen Vortrag über die Revolution von 1848 Sorge. Vortragender soll womöglich ein Dozent sein — angenommen.

4. Ordentl. Sitzung v. 22. XI. 97.

- a. Wahl des ersten Vorsitzenden: Ewer.
- b. Wahl des zweiten Vorsitzenden: Wolfsohn.

Aemter.

Vorstand: Ewer, Wolfsohn, Arthur Levy, Kröning, Selbiger II.

Ehren-Gericht: A.H. Ruben, Behr, Eisenstaedt, Pick, Schmieder, und Kugelman, Ewer, Wachsner, Rawitz, Gottheiner.

Redaktions-Kommission: A.H. Siegmann, A.H. Caspari, A.H. Frankfurter, Ewer, Arthur Levy, Rawitz, Hübner.

Mommsen-Kommission: A.H. Max Levy, Arthur Levy, Kröning, Selbiger, Oelsner.

Vertreter im Direktorium der Akad. Lesehalle: Nicolai.

Fechtwart: Wolfsohn.

Fuchsmajor: Wolfsohn.

Zur Beachtung.

Diese Nummer der M.-B. gelangt wegen des beiliegenden Mitgliederverzeichnisses abermals an sämtliche Vbr. und A.H. zur Versendung, die nächsten indessen nur an die Abonnenten. Im Interesse der M.-B., namentlich mit Rücksicht auf die geplante Erweiterung derselben, liegt es, dass der Kreis des Abonnenten ein möglichst grosser werde; es ergeht

deshalb an alle diejenigen, die noch nicht abonniert sind, die dringende Bitte, das Versäumte nachzuholen und den geringen Betrag von 1,50 M. unverzüglich an der Kassenwart der R.-K., Vbr. Ewer einzusenden.

Es wird ferner wiederholt darauf aufmerksam gemacht, dass alle zum Abdruck bestimmten Sendungen druckfertig, d. h. in deutlich leserlicher Schrift und mit unbeschriebener Rückseite, bei Vermeidung der Rücksendung, einzuliefern sind. Die R.-K.

Anzeigen.

Meine Verlobung mit Frä. Merry Alexander, Tochter des Herrn Naumann Alexander und seiner Frau Gemahlin, Clara geb. Sussmann, beehre ich mich, meinen lieben Vereinsbrüdern ergebenst anzuzeigen.

Berlin, im Oktober 1897.

Dr. Max Meyer, Rechtsanwalt.

F. W. Ver Ball.

Zu der am 15. Januar 1898 im Saale A des **Architekten-Hauses**, Wilhelmstr. 92—93 stattfindenden **Ballfestlichkeit** der F.W.V. beehrt sich die unterzeichnete Kommission alle A.H. A.H. und Vbr. Vbr., sowie deren Angehörige und Bekannte hierdurch geziemend einzuladen.

Die Ballkommission:

Dr. Plessner. Levetzow. Tarnowski.

Eintrittskarten à 2 M. sind bei Vbr. **Levetzow**, Lankwitzstrasse 16 und Vbr. **Tarnowski**, Auguststr. 19 I., zu haben